



Haushaltsrede 2023

Christoph Frey, Stadtkämmerer

Geplant.
Gerechnet.
Gestaltet.





**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,**

unser Oberbürgermeister hat es gerade angedeutet - die Kraft unserer Stadtverwaltung, die Kraft des Bürgerkonzerns Landeshauptstadt München, mit all seinen Gesellschaften, Aufgabenträgern, seien es allen voran die München Klinik, die Stadtwerke München, die Kindertagesbetreuungen und Schulen und noch viele mehr. Und hinter diesen Institutionen stehen Menschen, Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Sie alle geben uns ein hohes Maß an Sicherheit in einer Zeit, die von einer Unsicherheit geprägt ist, wie viele von uns sie bisher nicht erlebt haben. Die Stadt ist da. Sie ist auch im Dauerkrisenmodus für ihre Bürgerinnen und Bürger da. Sie ist und sie gibt Sicherheit – Sicherheit, aus der Zuversicht für die Zukunft unserer Stadt entsteht.

Der Haushalt für das Jahr 2023 und die mittelfristige Haushaltsplanung sind ein Beleg in Zahlen, in Eurobeträgen, auf 1400 Seiten; Beleg für die Kraft, die wir aufwenden, um den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin täglich Sicherheit zu geben und sind gleichzeitig Beleg für den unbedingten Willen die Zukunft unserer Stadt mit aller Kraft anzupacken!

Die Entwicklung der Eckdaten und der Prozess der Haushaltplanung für das kommende Jahr sind ungewöhnlich. Sollte dies jemanden überraschen, sollte jemand der Ansicht sein, es hätte so sein müssen, wie es immer oder vor Jahren war, sollte er sich die Achterbahnfahrt der vergangenen zweieinhalb Jahre mit all ihren ökonomischen und finanziellen Kurven und Loopings noch einmal ins Gedächtnis rufen.

Die ersten Überlegungen und Budgetierung von Bedarfen findet üblicherweise in den Referaten am Ende des Vorjahres eines

Planjahres, spätestens zu Beginn des Vorjahres für das Folgejahr statt.

Den Referaten konnte ich zum Ende des Jahres 2021 mitteilen, dass sie Anmeldungen für den Eckdatenbeschluss (EDB) formulieren können. Das war in den Coronakrisenjahren 2021 und 2022 nicht oder nur eingeschränkt möglich. In einer günstigen Post-Corona-Zeit sollte Projekten, die im Krisenmodus zurückgestellt oder nicht gestartet werden konnten, die Möglichkeit gegeben werden, durchzustarten.

Mitten in den ersten Zügen der Haushaltsplamentwicklung für das kommende Jahr wurden wir indes vom verbrecherischen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine überrascht. Was viele von uns – ich auch – nicht mehr für möglich gehalten hatten, ein Krieg in Europa war eingetreten. Dieser Krieg hat unfassbares Leid über viele Menschen gebracht und es fällt angesichts dieser Tatsache schwer, über wirtschaftliche Zusammenhänge zu sprechen.

Schnell war aber klar, dass sich aus dem Krieg düstere Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung auch hierzulande ergeben würden.

Dennoch hatten - noch im Juni - die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für 2023 Wachstumsraten von ca. 3 Prozent vorhergesagt. Unter Einbeziehung der Steuerschätzung im Mai, konnte Ihnen ein solider EDB vorgelegt werden, der den Bedarfen der Verwaltung nach einigen Jahren der Zurückhaltung in weitem Umfang gerecht wurde.

Schon wenige Monate später wurden die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung 2023 deutlich nach unten auf Minus 0,4 Prozent korrigiert. Das nennt man wohl volatiles Umfeld.



Trotz dieser Verwerfungen haben sich die bereits im EDB hinterlegten Planansätze für den Ihnen heute vorliegenden Schlussabgleich zum Haushalt 2023 im Wesentlichen bestätigt. Die Fraktionen haben die Entwicklung über den Sommer und Herbst abgewartet und haben auf Basis des Haushaltsentwurfs 2023 (ihre) Anträge formuliert, wo der Haushalt über die bereits mit dem EDB anerkannten Teile hinaus ausgeweitet werden sollte. Für die Bereitschaft bei der Haushaltsaufstellung weiter auf Sicht zu fahren, möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken! Dies hat sicher nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass wir, auch mit den nun vorliegenden zusätzlichen Beschlüssen, unterm Strich ein tragfähiges Haushaltswerk für 2023 haben.

Auf Seite der Einzahlungen ist die Steuerschätzung einerseits geprägt von einer für das Jahr 2023 zu erwartenden leichten Rezession in Höhe von Minus 0,4 Prozent bei der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, andererseits steigen die Steuereinnahmen real durch die Auswirkungen der Inflation. In unseren Planungen haben wir die Gewerbesteuererinnahmen mit 3265 Millionen Euro angesetzt, das sind voraussichtlich ca. 50 Millionen weniger als das erwartete Ist für das laufende Jahr.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer liegt knapp 100 Millionen Euro über dem Planansatz aus dem laufenden Jahr. Da spielen die höheren Tarifabschlüsse, aber gleichzeitig auch Effekte aus der Steuergesetzgebung, die zu einer Entlastung der Einkommensteuerzahlerinnen und -zahler führen, eine Rolle.

Der Planansatz für die Grunderwerbsteuer wird im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgesenkt, da im kommenden Jahr mit einem geringeren Umsatz am Münchner Immobilienmarkt zu rechnen ist.

Unterm Strich haben wir mit Blick auf die Steuerschätzung von Ende Oktober die

Ertragserwartungen ein klein wenig nach oben korrigiert.

Über die einzelnen Referatshaushalte hinaus, sind auf der Aufwandsseite im Haushalt 2023 drei Aspekte kennzeichnend, die wesentlich zu einer guten Entwicklung unserer Stadt und auch zur Stabilisierung des Haushalts beitragen:

Erstens sind Haushaltsausweitungen vorgesehen, die zur Erfüllung der Pflichten der Landeshauptstadt München notwendig sind. So haben sich an manchen Stellen die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert oder es sind Fallzahlen erheblich gestiegen. Gleichzeitig wird nahezu in jedem Teilhaushalt das künftige Wachstum der Stadt vorbereitet und begleitet. Das erhebliche Investitionsvolumen der kommenden Jahre investiert sich nicht von allein. Der Haushalt 2023 stellt alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung, um aus den Planungen Wirklichkeit werden zu lassen. Berücksichtigt wurde auch ein gewisser aufholender Effekt, nachdem über die letzten zwei Jahre nur in geringem Ausmaß Haushaltsausweitungen möglich waren.

Zweitens wird auf die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen, vor allem auf die Notwendigkeit, den vor Krieg und Tod fliehenden Menschen Schutz und Unterkunft zu gewähren, in den Budgets so reagiert, dass München auch in Zukunft ein sicherer, würdiger und anständiger Zufluchtsort bleibt.

Drittens sichert der Haushalt 2023 über „Inflations-Pauschalen“ die inflationsbedingten Preissteigerungen insbesondere bei Wärme und Strom sowie einen (notwendigen) überdurchschnittlichen Tarifabschluss ab. 100 Millionen für Sachmittel und 50 Millionen für erhöhte Personalausgaben, sowohl für die Kernverwaltung als auch die Träger städtischer Leistungen, sind damit bereits eingeplant.



Viele fragen sich, ob - bei im Wesentlichen gleichbleibender Bevölkerungszahl - der Haushalt stetig ausgeweitet werden muss und fordern eine umfassende Aufgabenkritik. In der Forderung sind sich alle einig. Der Oberbürgermeister, weite Teile des Stadtrates, der Personalrat, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Alle, ich glaube wirklich alle. Leider findet sie selten bis nie statt, und zwar seit Jahren nicht. Man könnte hinzufügen, wenn sie mal stattfindet, tut sie dies nicht in einem objektiven Rahmen, sondern um dem jeweils „Anderen“ den Gürtel enger zu schnallen.

Vielleicht kann hier - auch im Sinne einer Objektivierung - ein finanzieller Konsolidierungsrahmen finanzpolitische Leitplanken zur Aufgabenkritik setzen. Im Jahr 2023 ist er mit 100 Millionen auf Sach-, Dienstleistungen sowie Transferauszahlungen vorgesehenen. Eine Dynamisierung für die Folgejahre ist bereits eingeplant.

Im Ergebnishaushalt wird für das Jahr 2023 - und mittelfristig im Saldo über den Planungszeitraum - von einem positiven Jahresergebnis ausgegangen.

Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit des Finanzhaushaltes, also in der Cash Flow Betrachtung, wird zum technischen Schlussabgleich die Genehmigungsfähigkeit erfüllen, verfehlt jedoch das strategische Ziel von 400 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung der Finanzierungsbeschlüsse, wie sie in der vergangenen Vollversammlung und in dieser womöglich noch gefasst werden, wird der Saldo in laufender Verwaltungstätigkeit anders als in der Vorlage dargestellt reduziert. Wirksam werden unter anderem Beschlüsse, die auf Basis der Anträge von Fraktionen vorgelegt wurden, die kurzfristig vorgelegten Mehrkosten für die Flüchtlingsbetreuung oder auch Aufwendungen für die Auszahlung des Wohngeldes, die erst in den letzten Wochen ermittelt

werden konnten. Der Saldo zum technischen Schlussabgleich wird demnach ca. 170 bis 180 Millionen Euro betragen.



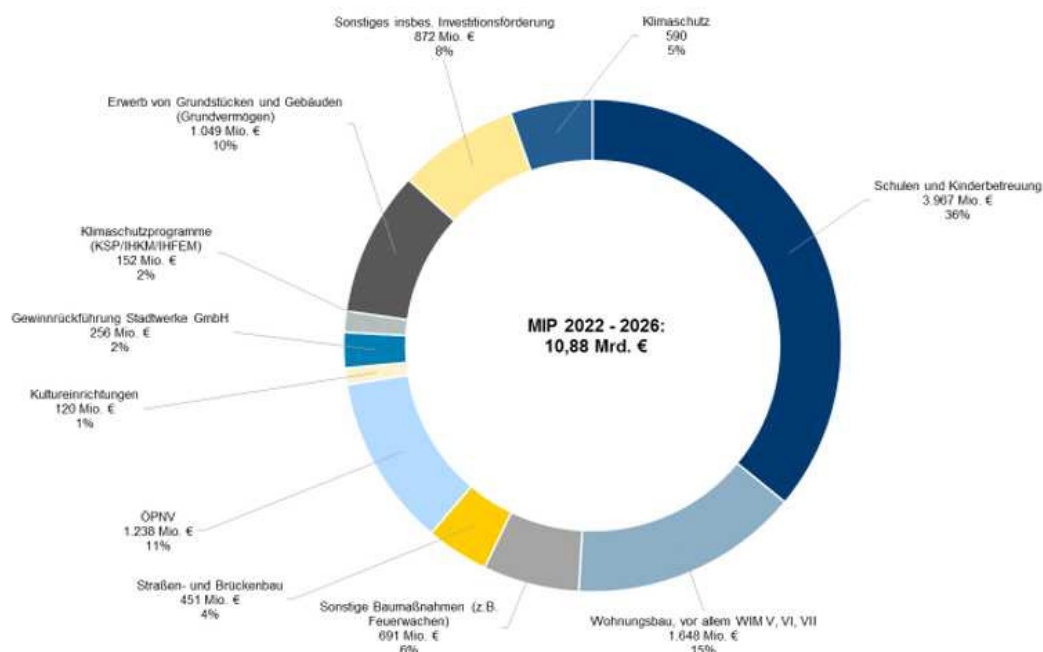
An den Investitionsschwerpunkten hat sich, erwartbar zu den Vorjahren nichts verändert. Die Mehrjahresplanung sieht aktuell fast vier Milliarden Euro für Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, 1,2 Milliarden Euro für den ÖPNV, 1,6 Milliarden Euro für den Wohnungsbau und rund 1 Milliarde Euro für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden vor, um nur die größten Positionen zu nennen.

Das Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) weist dabei auch 590 Millionen Euro oder 5,4 Prozent für den Klimaschutz aus. Das ist auch eine Frage der Kategorien. Oder anders gesagt, was Sie über die direkt als „Klimaschutz“ kategorisierten Vorhaben, dem Ziel Klimaschutz zurechnen wollen. Es lässt ohne Taschenspielertricks im MIP auch ausweisen, dass wir 20,1 Prozent oder 2,186 Milliarden

„Fair and Sustainable Finance“ wieder bestätigt bekommen, dass wir da beim Thema Finanzanlagen schon ziemlich gut dastehen. Die Stadtkämmerei wird ihren Beitrag dazu leisten, dass wir beim Thema Nachhaltigkeit auch bei der Finanzierung von Investitionen vorankommen.

Ein durchgängig positiver Haushalts-Saldo im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2026, trotz aller Folgen aus der jahrelangen Krisensituation, das klingt geradezu nach Milch und Honig, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zeit sich gegenseitig und dem Kämmerer auf die Schulter zu klopfen!?

Von wegen! Wenn es so weiter geht, ist in ein paar Jahren Sauregurkenzeit. Der Berg an Investitionsvorhaben wächst stetig und in Milliardenritten an. Nun sind die allermeisten



für den Klimaschutz ausgeben, wenn man darunter auch Gebäudeertüchtigungen, den ÖPNV-Ausbau und weitere ähnliche Punkte subsumiert. Wichtig ist auch hier der Ertrag – und hier meine ich nicht den ökonomischen. Es ist hier mehrfach deutlich geworden, dass wir viel zu finanzieren haben und, dass uns das vor erhebliche Herausforderungen stellt. Wir haben beim Stadtrats-Hearing

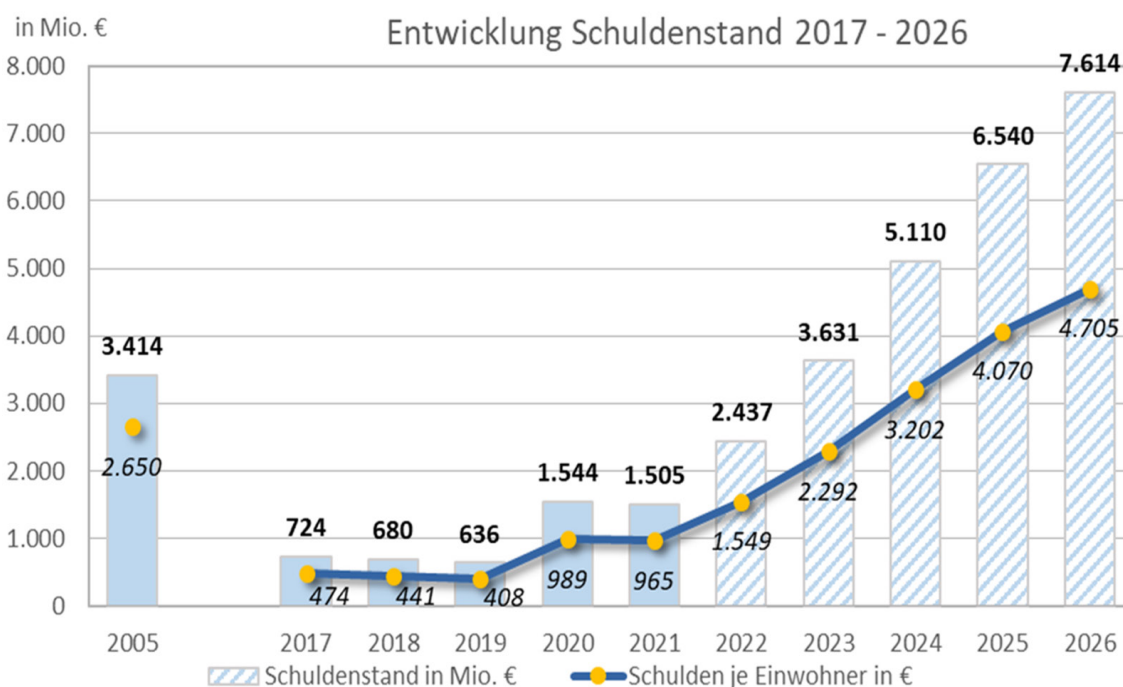
dieser Vorhaben dringend notwendig und auch hier im Stadtrat unstrittig. Der Oberbürgermeister hat es deutlich gemacht, da entstehen keine Selbstverwirklichungsprojekte oder Denkmäler.

Geplant.
Gerechnet.
Gestaltet.

Schule, Kitas, Wohnen, ÖPNV, Klimaschutz - die allermeisten Münchnerinnen und Münchner stimmen sicher zu, dass da investiert werden muss. Bezahlt werden diese Investitionen allerdings zu einem immer höheren Maß durch Kredite! Kredite in ungekanntem Ausmaß. Ohne Gegensteuerung läuft die Stadt in die Schuldenfalle. Ja, Schulden, es sind Schulden! Ich rede hier nicht von irgendwelchen Fonds oder Bonds, das sind Finanzierungsinstrumente, aber am Ende Schulden. Ich rede auch nicht von Fremdkapital, weil es sich betriebswirtschaftlicher anhört und eine Wortverwandtschaft zu Fremdverschulden hat. Nachdem Motto: kann nichts dafür, geht mich nichts an.

werden die Kosten für das laufende Geschäft zu einem Sondervermögen umetikettiert, das dann durch Kredite refinanziert wird. Ich halte das persönlich für haushaltsrechtlich falsche Fährten und Finten, in Wahrheit sind es Schulden. Geld, das einem nicht gehört und zurückbezahlt werden muss.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Schulden sind grundsätzlich auch nichts Negatives solange ich noch die laufenden Ausgaben stemmen und „nebenbei“ Zins und Tilgung leisten kann. Aber auch hier gibt es eben leider einen Kippunkt. Ohne Gegensteuerung wären es 2026 Schulden in Höhe von 9,X Milliarden, die in unseren Büchern ständen.



Und von Sondervermögen rede ich schon gleich dreimal nicht. Man kann die Konstruktion im Bund mit dem Sondervermögen Bundeswehr schon für Augenwischerei halten, da stehen dann aber immerhin auch noch Vermögenswerte entgegen. Vollkommen ad absurdum wird der Begriff Sondervermögen allerdings dann geführt, wie er nun in der Landeshaushaltsordnung für die Kommunen in Nordrhein- Westfalen angewendet wird. Da

Allein für die Zinsbelastung würde der Überschuss, den wir für das kommende Jahr planen nicht ausreichend sein. Da ist dann aber noch kein Cent zurückbezahlt!

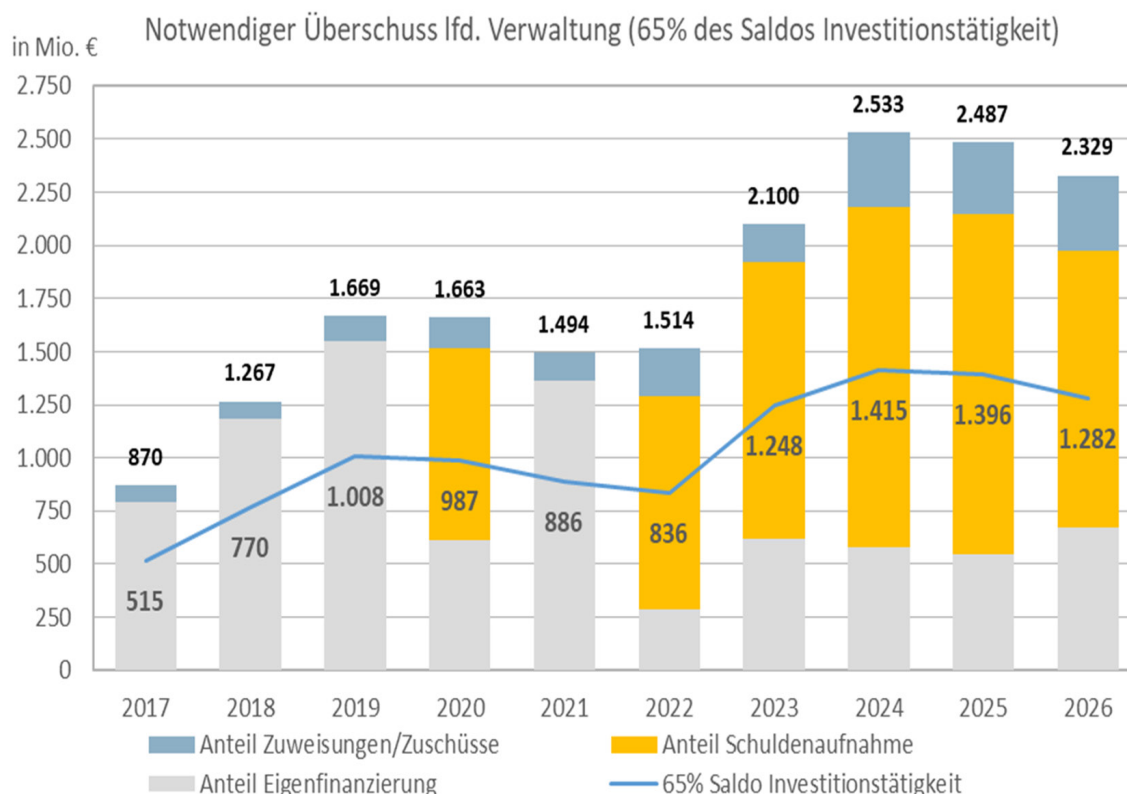
In der mittelfristigen Finanzplanung schlage ich Ihnen deshalb ein ausgewogenes und passgenaues finanzpolitisches Fitnessprogramm vor:

Geplant.
Gerechnet.
Gestaltet.

Übung Nr.1: Den Überschuss im laufenden Haushalt stabilisieren und ausweiten.

Nicht den Haushalt, den Überschuss. Stichwort (ich hatte es bereits erwähnt): dynamisierte Konsolidierung.

werden. Bisher lag die Messlatte bei 400 Millionen Euro Überschuss. Diese haben wir im „IST“ im letzten Jahr erreicht und auch für dieses Jahr sieht es danach aus. Nachdem in den letzten Jahren der Umfang der Investitionen deutlich gewachsen ist, muss im laufenden Betrieb auch mehr übrigbleiben.



Übung Nr.2: Einzahlungen rauf, Ausgaben runter.

Klingt einfach, klingt auch gut. In Wahrheit aber sind es viele strukturelle Anpassungen, die in den kommenden Jahren notwendig werden. Auch wenn aller Glaube verloren sein mag: Digitalisierungsgewinne gibt es wirklich, auch bei der Stadt München. Aber wir wissen alle, da ist noch deutlich mehr drin.

Die strategische Messlatte für das was am Jahresende übrig bleibt muss höher gelegt werden. Für jeden Euro der übrig bleibt, müssen weniger Schulden aufgenommen

Um gleichzeitig eine Dynamisierung hinzubekommen, lautet der Vorschlag der Stadtkämmerei: Der Überschuss im Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit muss 65 Prozent des Saldos der Investitionstätigkeit ausmachen. Die Zuschüsse werden also von den auszahlungsseitigen Plansummen abgezogen und dann darf nur weniger als die Hälfte über Schulden finanziert werden. Keine Sorge, ich rechne Ihnen das jetzt nicht aufs Jahr vor.



Die Grundidee ist aber, sich jedes Jahr nicht gerade so an der Genehmigungsfähigkeit zu orientieren, sondern, einen Saldo von über einer Milliarde Euro anzustreben.

Unheimlich sportlich, ambitioniert, vielleicht auch nicht beim ersten Sprung zu schaffen. Aber auf dieses Ziel hin sollten wir trainieren!

Übung Nr. 3: Die Investitionen im Umfang reduzieren.

Der Vorschlag lautet 350 Millionen Euro pro Jahr. Das sind knapp 15 Prozent des gesamten Investitionsplanes. Hört sich machbar an, ist es auch. Mit Ihrem Beschluss werden wir mit Beginn des neuen Jahres gemeinsam mit den Referaten in die konkrete Umsetzung einsteigen. Klar ist dabei eines: Der Auftrag, den Sie an die Verwaltung erteilt haben, bleibt dabei bestehen. Sollten die Reduzierungen durch Überprüfung und Überplanung allein nicht erreicht werden und insofern Umfang und Zeitpunkt der Investitionen aus Budgetgründen substantiell verändert werden müssen, wird Ihnen das selbstverständlich zum Beschluss vorgelegt.

Bei allen Kraftanstrengungen und bester Fitness bin ich jedoch der Überzeugung werden wir es bei einer bloßen Fortschreibung des Trainingsplanes nicht schaffen, den Zieleinlauf bis ans Ende der 20er Jahre zu erreichen. Mit mir meine ich uns in der Stadt München, meine gleichzeitig die gesamte kommunale Ebene!

Vor allem der Freistaat Bayern, lässt die Kommunen mit Ihren Herausforderungen allein auf weiter Flur.

Ich will dies an drei Punkten etwas illustrieren:

Es besteht, denke ich, Einigkeit, dass es weitgehende Investitionen in den Klimaschutz braucht. Die AGORA Studie(n) aus dem vergangenen Jahr, lassen Sie mich die Zahlen in Erinnerung rufen, gehen davon aus, dass von

den 260 Milliarden Euro an notwendigen Investitionen, die bis 2030 zur Bekämpfung des Klimawandels im öffentlichen Sektor anfallen werden, mit 170 Milliarden Euro der weitaus größte Teil bei den Kommunen anfällt.

Die Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf diese Erkenntnis ist bemerkenswert. Es wird eine Förderrichtlinie namens „Komm-KlimaFör“ für die Kommunen erlassen, bzw. fortgeführt. Es kann alles Mögliche gefördert werden, von Honoraren für Referentinnen und Referenten bei Veranstaltungen bis hin zur Bezuschussung von Investitionen. So weit so gut. Jetzt das Fördervolumen pro Jahr:

8,9 Millionen Euro, nicht als Quartalsabschlag für München, nein für alle 2056 Kommunen in Bayern pro Jahr! Ein Doppelwumms für den Klimaschutz? Ein Wumms? Ein Wümmschen? Noch nicht mal das. Mich macht das schon fast fassungslos!

Ein weiteres Beispiel: Kaum zu fassen ist auch, dass die Stadt München mit ihrem kommunalen Gesundheitsamt über Jahre unter größten Anstrengungen die COVID-19 Kontaktnachverfolgung übernimmt. In Ermangelung zeitgemäßer digitaler Lösungen, müssen mit hunderten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zahllose Personenstunden erbracht werden. Die Gesamtkosten für die letzten Jahre übersteigen nun gut die 100 Millionen-Euro-Grenze. Auch die anderen kommunalen Gesundheitsämter in Bayern hatten Aufwendungen jeweils im zweistelligen Millionenbereich. Und die bayerische Staatsregierung? Stellt allen Kommunen Bayerns eine Kostenerstattung in Höhe von gut 6 Millionen Euro zur Verfügung. So entfallen auf unsere Aufwendungen von über 100 Millionen Euro ganze 0,6 Millionen Euro.



Ein drittes Beispiel: Wir, die Landeshauptstadt München, entlasten mit unseren städtischen Schulen den Freistaat Bayern jährlich um etwa 300 Millionen Euro. Das ist nämlich der Betrag, den wir für die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen aufwenden und der, wenn es keine städtischen Schulen gäbe, vom Freistaat getragen werden müsste.

Und wenn wir dann, wie es in vielen anderen Kommunen Deutschlands bereits der Fall ist, über eine Beherbergungssteuer nachdenken, um von den Gästen, die uns lieb und teuer sind, einen kleinen Betrag einzusammeln, tritt der Freistaat mit Verboten auf den Plan und offenbart ein Verständnis des verfassungsmäßigen Rechts auf kommunale Selbstverwaltung nach Gutsherren-Art.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. Es gibt ja in Teilen der Gesellschaft eine gewisse Faszination an Krisen und dem Reden darüber. Zahlreiche Talkshows in denen in Dauerschleife wechselnde Untergänge besprochen werden leben davon und erfreuen sich einer gewissen Beliebtheit

Die deutsche Nationalmannschaft ist nicht erst seit der WM in der Krise und beim FC Bayern bricht erfahrungsgemäß die Krise meist schon nach dem zweiten Unentschieden aus.

Die Krise der Nationalmannschaft lässt sich auch gut verhandeln, wenn man bei einem Bier in einem der vollen Lokale rund ums Münchner Rathaus sitzt.

Ich habe allerdings in den letzten Minuten deutlich zu machen versucht, dass wir in einer echten, multidimensionalen Krisensituation stecken.

Die Pandemie, der Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine, die Klimakrise... die Liste ließe sich erweitern. Es ist schon von der „Permakrise“ die Rede. Als Kämmerer ist man ja „berufsmäßiger Schwarzseher“ und ich kann das durchaus persönlich nachvollziehen, dass man als solcher, nicht nur zur Weihnachtszeit, gegen eine Krisen-Müdigkeit anredet.

Die herrscht auch bei mir vor.

Gegen den Eindruck von manchen hier, kann ich auch versichern, wir haben in der Stadtkämmerei keine besondere Freude an negativen Stellungnahmen.

Unser Job und unser Selbstverständnis ist es aber auch, die finanzielle Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen, das schließt zukünftige „Generationen“ von Stadträtinnen und Stadträten mit ein, sicher zu stellen. Wir in der Stadt München sind - anders als dies in im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts der Fall war - in einem Dilemma, zwischen tun müssen und tun können. Mit dem Haushalt 2023 und der Mehrjahresplanung haben wir aber einen Rahmen vorgelegt, um das was wir tun müssen, auch morgen noch tun zu können.



Es sind Sie, die Mitglieder des Münchner Stadtrates, die darüber entscheiden, was in dieser Stadt getan werden muss – um es mit Hannah Arendt zu sagen:

»Im Kulturellen und im Politischen, also in dem gesamten Bereich des öffentlichen Lebens, geht es weder um Erkenntnis noch um Wahrheit, sondern um Urteilen und Entscheiden, um das urteilende Begutachten und Bereden der gemeinsamen Welt und die Entscheidung darüber, wie sie weiterhin aussehen und auf welche Art und Weise in ihr gehandelt werden soll.« (Hannah Arendt)

Wie die Welt in München aussehen soll und wie in ihr gehandelt werden kann, dafür gibt dieser Haushalt einen gewissen Rahmen vor.

Ich danke Ihnen, den ehrenamtlichen und berufsmäßigen Mitglieder des Münchner Stadtrates für die konstruktive Zusammenarbeit und den Kolleginnen und Kollegen in der Stadtkämmerei und in den Referaten, die diesen Haushalt in vielen Abstimmungsrunden und bis ins kleinste Detail geplant haben. Gestatten Sie mir aber auch an dieser Stelle den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei zu danken, die nicht unmittelbar mit der Aufstellung des Haushaltes betraut sind aber beispielsweise dafür sorgen, dass unsere Stadt überhaupt das Geld einnimmt, das wir im Haushalt verplanen oder für Anlagen und Kredite sorgen. Ich will hier schon festhalten, dass dies oft mit einer unzureichenden Personalausstattung und unter größtem Einsatz geschieht. Umso mehr möchte ich mich für den Einsatz auch einmal von dieser Stelle aus bedanken.



Ich wünsche Ihnen allen, frohe und friedliche Feiertage und einen guten Start ins nächste Jahr!



Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei

LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN
STADTKÄMMEREI |
PRESSE und KOMMUNIKATION
KONTAKT:
Dr. Timo Werner (Pressesprecher)
presse.stadtkaemmerei@muenchen.de
Telefon: 089 233 92097

Geplant.
Gerechnet.
Gestaltet.